

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 286.

Donnerstag, den 7. Dezember 1911.

18. Jahrg.

## An die Reichstagswähler!

Am 12. Januar 1912 sollen die Neuwahlen zum Deutschen Reichstage stattfinden. Kaum jemals zuvor standen die Wähler vor einer so folgenschweren Entscheidung. Von dem Ausgang dieser Wahlen wird es abhängen, ob auch in den nächsten Jahren die Politik der Bedrückung und Ausplünderung weiter betrieben oder ob endlich das deutsche Volk zu seinem Rechte kommen soll.

Bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 sind die Wähler von der Regierung und den sogenannten „nationalen“ Parteien hintergangen worden; viele Millionen Wähler haben sich damals in die Irre führen lassen. Der Reichstag des „nationalen“ Blocks von Seydebrand bis Wiemer und Naumann hat das Vereins- und Versammlungsrecht reaktionär gestaltet, den Gebrauch der nichtdeutschen Sprache in Versammlungen beschränkt und den Jugendlichen das Versammlungsrecht zum größten Teil geraubt, hat jede Forderung für Meer, Marine und Kolonien bewilligt.

Eine ungeheure Mehrbelastung des Volkes war die Folge. Trotz der im Jahre 1906 bewilligten mehr als 200 Millionen Mark (Fahrkarten- und Frachtbriefsteuer, Zigarettensteuer usw.), trotz der feierlichen Versicherung der Regierung durch das offiziöse Organ, unmittelbar vor der Wahl 1907, daß keine neuen Steuern geplant seien, kam die „Finanzreform“ von 500 Millionen.

Die „Konservative und Liberale“ waren vollkommen einig darin, daß vier Fünftel dieser gewaltigen Summe durch neue oder durch Erhöhung schon bestehender indirekter Steuern aufzubringen seien zum weitaus größten Teil von Arbeitern und Angehörigen des Mittelstandes aber weder über die sogenannten Besitzsteuern noch über die Vermögensbesgabe einlegen konnten, so ging das unnatürliche Gebilde in die Brüche. Der neue innerlich verwandte Block der Mitter und der Heiligen trat in die Erscheinung. Dieser hat die Liebesgabe für die Schnapsbrenner gerettet, die Erbschaftsteuer, die nur wohlhabende und reiche Leute hatte treffen sollen, abgelehnt und dem schaffenden Volke Bier, Branntwein, Tabak, Zigarren, Kaffee, Tee, ja sogar die Streichhölzer, im ganzen um Hunderte von Millionen verteuert. Ebenso volksfeindlich verhielt sich der konservativ-kerikale Block bei der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung, die zum guten Teile eine Verhöhung der Arbeiter, ihrer Witwen und Waisen bedeutet. Raubt sie doch den Arbeitern Rechte, die sie jahrzehntelang mit glänzendem Erfolg für die Versicherten ausgeübt haben, verkagt sie doch den schwangeren Frauen, den Müttern und den Säuglingen notwendigen Schutz und zureichende Fürsorge.

Es ist begreiflich, daß nach solchen Leistungen immer weitere Kreise erkannten, wie furchtbar sich die Leichtgläubigkeit der Wähler bei den Hottentottenwahlen im Januar 1907 rächte. Alle Nach- und Neuwahlen zum Reichstage sowohl wie zu den Landtagen und Gemeinden zeigten gewaltigen Stimmenzuwachs für die sozialdemokratische Partei. Ihre Gegner wurden infolgedessen immer mehr von der Wahlkampf gepackt, und auf der Suche nach einer zugkräftigen Parole für die heranwachsenden Wahlen verfielen die Scharfmacher wieder einmal auf den Wahltrick, den Blick des Volkes von den Zuständen im Innern durch eine „nationale Tat“ nach außen abzulenken.

Der Marktkohandel gab willkommene Gelegenheit dazu. Hilben und drüben schürten die kapitalistischen Kriegsinteressenten und die nationalistischen Schreier den Völkerhaß und trieben das gefährliche Spiel so weit, daß sich der Reichskanzler schließlich selbst gezwungen sah, seinen junkerlichen Bundesgenossen den Vorwurf ins Gesicht zu schleudern, daß sie den Patriotismus zu Partei- und Wahlzwecken mißbrauchten. Aber der Versuch, im Interesse der reaktionären Parteien die nationalen Leidenschaften aufzustacheln, wird dennoch sorgelegt.

Wähler, seid auf der Hut! Bedenkt, daß Ihr am Wahltag vielleicht die Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Hand habt.

Nicht weniger wichtig als für die auswärtige Politik wird der Wahlausgang für die innere Politik sein.

Fürst Bülow erklärte bei den vorigen Wahlen: „Je weniger Sozialdemokraten, um so mehr soziale Reformen“. Das Gegenteil ist richtig. Das haben die letzten Jahre schlagend bewiesen: Die sozialpolitischen Mühlen klapperten zwar, gaben aber nur sehr spärlich Mehl.

Den Beamten und Staatsarbeitern hatte man, um sie für „nationale“ Reichstagskandidaten einzufangen, Gehalts- und Lohnaufbesserungen versprochen. Man gab den oberen gutbezahlten Beamten mit Scheffeln, den unteren, die die Aufbesserung am meisten nötig hatten, mit Löffeln. Die bescheidenen Aufbesserungen wurden aber mehr als ausgeglichen durch die neuen Steuern und die wachsende Leningung.

Dem Volke verweigerte die Regierung, als es bei den immer steigenden Lebensmittelpreisen in seiner Not um Abhilfe schrie, jede Erleichterung. Und während der Reichskanzler klughaft behauptete, daß die Presse durch die Schilderung des Notstandes die Preissteigerung verschärfte, verkagten die sogenannten Mittelstandsretter — Zentrum, Konservative, Antisemiten und ihre Gefolgschaft — jede von der Sozialdemokratie angeregte Hilfe und denunzierten dagegen den Mittelstand als den Lebensmittelfeind.

**Neue Steuern, Lebensmittelsteuer, Volkserntrechtung, steigende Kriegsgefahr**

— das hat der 1907 mit so großem „nationalen“ Tamtam begrüßte Reichstag gebracht. Nun naht der Gerichtstag! Wähler Deutschlands, sorgt für eine andere Mehrheit! Je stärker die Sozialdemokratie im Reichstage erscheint, um so sicherer verankert ist der Weltfriede und die Wohlfahrt des Volkes!

Die Sozialdemokratie erstrebt die Eroberung der politischen Macht, die jetzt in den Händen der besitzenden Klassen ist und von dieser Minderheit zum Schaden der breiten Massen des Volkes mißbraucht wird. Man denunziert uns deshalb als „Umstürzler“. Trichter Vorwurf! Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist ebenfowenig, wie es höhere Staats- und Gesellschaftsordnungen gewesen sind. Sie wird durch eine höhere, die sozialistische Ordnung ersetzt werden, für welche die Sozialdemokratie kämpft. Dann wird die Solidarität aller Menschen und ein menschenwürdiges

Dasein für alle verwirklicht. Den Weg dazu bahnt die kapitalistische Entwicklung selbst, die alle Keime für eine neue Gesellschaft in sich birgt.

Für uns besteht zunächst die Aufgabe, alle Mittel, die uns die Gegenwart in die Hand gibt, zu benutzen, um die vorhandenen Uebel zu mildern, neue Einrichtungen zu schaffen, dazu bestimmt, den großen Massen eine höhere Lebenshaltung zu ermöglichen.

### Daher fordern wir:

**Demokratisierung des Staates** in allen seinen Lebensbeziehungen, freie Bahn für die Entfaltung aller persönlichen Anlagen und Fähigkeiten, keine Privilegien, die rechte Person an die rechte Stelle.

**Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht** vom vollendeten 20. Lebensjahre an für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, und für alle Vertretungskörper. Verhältnismäßigkeit zur Beseitigung der mit der heutigen Wahlkreiseinteilung verknüpften schreienden Ungerechtigkeit.

**Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems.** Volle Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Staatssekretäre. Bildung eines Ausschusses durch den Reichstag für die Kontrolle der auswärtigen Politik. Mitentscheidung der Volksvertretung über Krieg und Frieden. Zustimmung des Reichstages zu allen Staatsverträgen.

**Organisierung der Landesverteidigung auf demokratischer Grundlage.** Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle wehrfähigen Männer. Herabsetzung der Dienstzeit auf das zur Ausbildung für die Landesverteidigung unumgänglich notwendige Maß. Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Beseitigung des Vorrechts des einjährig-freiwilligen Dienstes. Abschaffung aller Prunkes und aller kostspieligen Uniformierung in Armee und Flotte.

**Bekämpfung der Klassenjustiz und Verwaltungswillkür.** Reform des Strafrechts, der Strafprozedur, des Verwaltungsrechts und des Strafvollzugs im Sinne moderner Kultur- und Rechtsauffassung. Beseitigung aller Ausnahmegesetze und ausnahmerechtlichen Verwaltungsmaßnahmen.

**Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes** für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.

**Errichtung eines Reichsarbeitsamtes**, von Arbeitsämtern und Arbeiterkammern. Wahl der Beisitzer durch die Interessenten auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. — **Ausbau der Gewerbeinspektion** durch Zuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsorgane. Gesetzlich festgelegter Normalarbeitszeit von acht Stunden. Weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitschädlichen Betrieben.

**Reform der Arbeiterversicherung.** Aufhebung der Benachteiligung der ländlichen Arbeiter und der Dienstboten, direkte Wahl der Vertreter, Erweiterung des Rechtes der Arbeiter in den Vertretungskörpern, Erhöhung der Leistungen, Herabsetzung des Alters für den Bezug der Altersrente von dem 70. auf das 65. Lebensjahr, auskömmliche Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, Sittsprämien und unentgeltliche Hebammen- und Arzt-Hilfe.

**Volle Religionsfreiheit.** Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Keinerlei Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche Zwecke.

**Allgemeine unentgeltliche Volksschule** als Grundlage des gesamten Bildungswesens (Einheitschule). Unentgeltlichkeit der Lernmittel. Freiheit für Kunst und Wissenschaft.

**Herabsetzung und schließlich Beseitigung der indirekten Steuern und Aufhebung der Lebensmittelpölle.** Beseitigung der Zölle auf Futtermittel, Aufhebung der Einfuhrschemine. Beschränkung der Kontrolle bei Einfuhr von Vieh, Geflügel und Fleisch auf die unumgänglich notwendigen sanitären Maßregeln. Entsprechenden Ausbau der Industriezölle, welche die Syndikats- und Ringbildung begünstigen und dahin führen, deutsche Industrieerzeugnisse billig dem Auslande zu liefern und sie dem inländischen Verbraucher um so teurer zu verkaufen.

**Unterstützung aller Maßregeln**, die Handel und Verkehr fördern. Aufhebung der Fahrkartensteuer und des Frachtbriefstempels.

**Stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern**, zumal diese Heranziehung der Wohlhabenden und Reichen zugleich das wirksamste Mittel ist, den Schrei unserer zahlungsfähigen Patrioten nach immer neuen Heeres- und Flottenvermehrungen zu dämpfen.

**Innere Kolonisation** zwecks Steigerung der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Überführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum. Gründung und Förderung von staatlichen Musteranstalten und Landwirtschaftsschulen. Urbarmachung der Moore, des Sumpfs, Ob- und Unlandes. Abwehr aller Versuche, die Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker durch die Mittel der Kolonialpolitik herbeizuführen.

### Wähler Deutschlands!

Eine neue Flottenvorlage und eine neue Militärvorlage stehen in sicherer Aussicht, die die Steuerbelastung um Hunderte von Millionen abermals steigern werden. Wie bisher schon, so werden auch fernerhin die Herrschenden versuchen, die neuen Lasten auf die Schultern der Winderbemittelten zu wälzen, und damit die Existenz der Familien weiter zu erschweren.

Mögen darum auch die Frauen, auf denen die Bürde des Haushalts in erster Linie ruht, die heute selbst noch politisch rechtlos sind, an der Aufräumarbeit teilnehmen und sich entschlossen in den Dienst unserer Sache stellen, die auch die ihre ist.

Wähler Deutschlands! Seid Ihr mit diesen grundsätzlichen Auffassungen einverstanden, dann gebt bei der Wahl am 12. Januar den sozialdemokratischen Kandidaten Eure Stimmen. Helft den Grund legen zu einer neuen, besseren Gestaltung unseres staatlichen und gesellschaftlichen Baues, der die Devise tragen soll:

**Tod der Not und dem Mühsal!**

**Arbeit, Brot und Gerechtigkeit für alle!**

Euer Schlachtruf am Wahltag sei:

**Es lebe die Sozialdemokratie!**

**Parteivorstand und sozialdemokratische Fraktion des Reichstags.**

# Was hat die Finanzreform gebracht?

Tabak und Zigaretten sollten nach dem Anschlag des 1909 beschlossenen Gesetzes insgesamt 45 Millionen Mark mehr erbringen; sie haben 1910 gegenüber 1908 nur rund 30 Millionen Mark mehr gebracht; Ausfall 15 Millionen Mark. Speziell die Tabaksteuer für inländischen Tabak war im Etat für 1910 mit 14 413 Millionen Mark veranschlagt, sie hat nur 11,79 Millionen Mark ergeben.

Kaffee und Tee sollten 37 Millionen Mark mehr bringen und haben nur 14,55 Millionen Mark mehr ergeben, wovon zudem 2,55 Millionen Mark auf den Bevölkerungszuwachs kommen; tatsächlicher Ausfall also 25 Millionen Mark.

Der Branntwein sollte an Steuer und Zoll 80 Millionen Mark mehr bringen, in Wirklichkeit hat er gegen 1908 nur 34,2 Millionen Mark mehr ergeben; Ausfall 45,8 Millionen Mark. Selbst gegen den sehr vorsichtig aufgestellten Etat ergibt sich ein Ausfall von rund 24 Millionen Mark. Dabei würde schon der Bevölkerungszunahme eine Mehreinnahme von rund fünf Millionen Mark entsprochen haben. Das wirkliche Zurückbleiben hinter dem erwarteten Ertrag stellt sich also auf rund 50 Millionen Mark.

Auch die Schaumweinsteuer ist um  $\frac{1}{3}$  Millionen Mark hinter der Erwartung, um 0,38 Millionen Mark hinter dem Etatansatz zurückgeblieben.

Das Bier sollte 100 Millionen Mark mehr bringen, hat aber nur 59 Millionen Mark mehr gebracht, Ausfall 41 Millionen Mark, gegen den Etat freilich nur ein Ausfall von 1,3 Millionen Mark.

Kindwaren sollten 25 Millionen Mark ergeben; tatsächliche Einnahme 14,08 Millionen Mark, Ausfall 11 Millionen Mark und selbst gegen den sehr vorsichtig aufgestellten Etat fast eine Million Mark.

Beleuchtungskörper. Der Steuerertrag war auf 25 Millionen Mark veranschlagt, der Ertrag 1910 war nur 9,98 Millionen Mark; Ausfall 15 Millionen Mark und selbst gegen den Etatvoranschlag 5,15 Millionen Mark zu wenig.

Der Stempel auf Grundstücksübertragungen sollte 40 Millionen Mark ergeben und brachte noch 2,81 Millionen Mark mehr.

Die Salonsteuer war mit 27,5 Millionen Mark veranschlagt und brachte nur 8,27 Millionen Mark; Ausfall 19,23 Millionen Mark.

Der Effekten- und Emissionsstempel sollte 22,5 Millionen Mark mehr bringen und brachte 21,24 Millionen Mark mehr; Ausfall 1,26 Millionen Mark.

Gegen den Etat brachte die Besteuerung der Wertpapiere insgesamt 7,66 Millionen Mark mehr.

Der Scheck- und Quittungsstempel brachte 3,53 Millionen Mark gegen die erwarteten 12,5 Millionen Mark respektive 7,95 Millionen Mark im Etatvoranschlag; Ausfall 9 respektive 3,82 Millionen Mark.

Der Wechselstempel ergab 18,37 gegen erwartete 24,8 und veranschlagte 20 Millionen Mark, also 6,4 resp. 1,6 Millionen Mark Ausfall. Insgesamt haben also die mit 420 Millionen Mark veranschlagten neuen Steuern im Etatsjahr 1910 bis 1911 einen Ausfall von 189 Millionen Mark ergeben; sie haben also nicht 55 Prozent dessen gebracht, was die Väter der Finanzreform sich von ihr versprochen haben.

Alle Zahlenkumpanie des Schatzsekretärs, bemerkt zutreffend die „Volksztg.“, heißen über die Tatsache nicht hinweg, daß die Finanzreform auch finanziell enttäuschend hat — ganz abgesehen von den schlechten sozialen Folgen!

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Warum wurde der Reichstag geschlossen und nicht aufgelöst?

Zu dieser Frage bemerkt die „Kreuztg.“, die nicht ohne Fühlung mit der Regierung ist: „Der Umstand, daß der Reichstag gestern geschlossen, nicht aufgelöst ist, gibt zu allerhand Mutmaßungen in der Presse Anlaß, als habe die Regierung die Auflösung vermieden, um gegebenenfalls bis zur Konstituierung des neuen Reichstags bei internationalen Schwierigkeiten den bisherigen Reichstag zur Hand zu haben, da es z. B. zur Aufnahme von Anleihen zur Zustimmung des Reichstags bedarf. Diese Kombinationen erledigen sich aber dadurch, daß das jetzt eingeschlagene Verfahren der regelmäßigen Abung entspricht. Bei Ablauf der Legislaturperioden sind auch sonst die Reichstage geschlossen und nicht aufgelöst worden, zuletzt am 30. April 1903 und am 6. Mai 1898. Die Auflösung ist dann später erfolgt.“

#### Die Erbschaftsteuer kommt wieder!

Wie die „Volksztg.“ von einwandfreier Seite erzählt, sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß die Erbschaftsteuer in der Gestalt, in der sie im Sommer 1909 vom blauschwarzen Block abgelehnt wurde, dem neuen Reichstage schon in seiner ersten Session wieder vorgelegt werden wird. Sie soll die Bekämpfung für die neue Flottenverfärbung, da man in Bundesratskreisen sich über eine andere Herbeischaffung des Geldes nicht hat verständigen können.

#### Behrman und Grey.

Behrman's Rede über die englische Politik wird von der Londoner Presse durchweg ruhig erörtert. So weit man ihr Schärfe gegen England nachsagt, wird diese ausnahmslos auf Wehrkräften zurückgeführt. — Dienstagabend hat der englische Minister des Auswärtigen Grey in Plymouth eine Rede gehalten, in der er sagte, wenn Frankreich und Deutschland, wie die englische Regierung glaube, ihre Streitfragen hauptsächlich Marokkos geschlichtet haben, so müßte ein solches Resultat eine

wohlthätige Wirkung auch auf die englisch-deutschen Beziehungen haben. Das politische Barometer müßte steigen, wenn erst die marokkanische Depression vorbeigezogen sein werde.

### Zentrumswahlschwindel.

In einem für die Wahlagitator herausgegebenen Buch des Zentrumsredakteurs S. D. Krauß in Düren, das den Titel führt: „Der Reichstagswahlkampf 1911/12“ wird auf Seite 179 eine Tabelle über die Höhe der Waisenrenten auf Grund der Reichsversicherungsordnung abgedruckt. Es heißt dort: „Nachfolgende Tabelle ist wohl geeignet, die Hege gegen die Hinterbliebenenversicherung in das rechte Licht zu stellen.“ Nach der Tabelle sollen, ohne daß Beiträge nach dem 1. Januar 1912 bezahlt sind, folgende Renten zur Auszahlung kommen:

Lohnklasse	eine Waise	zwei Waisen
1	34,20 Mk.	60,60 Mk.
2	36,—	62,40 „
3	37,20 „	64,20 „
4	39,—	66,— „
5	40,20 „	67,80 „

Krauß schreibt dazu: „Gewiß ist diese Rente nicht übermäßig hoch.“ Das wird kein Mensch behaupten, aber es ist doch schon etwas hinzugefügt; denn nach Artikel 69 des Einführungsgesetzes sind in dem Fall, daß nach dem 1. Januar 1912 keine Beiträge entrichtet sind, die Renten in allen Klassen gleich. Es wird für jede Waise 25 Mk. Reichszuschuß und für eine Waise  $\frac{3}{20}$ , für jede weitere Waise je  $\frac{1}{40}$  des Grundbetrags der Lohnklasse I gegeben. Dieser Grundbetrag ist 60 Mk., folglich erhält eine Waise  $\frac{3}{20}$  von 60 Mark = 9 Mk., dazu 25 Mk. Reichszuschuß, also insgesamt 34 Mk. und jede weitere Waise 26,50 Mk., also zwei Waisen 60,50 Mk., oder, da die Monatsrente auf 5 Pfg. abgerundet wird, erhält eine Waise 34,20 Mk. und zwei Waisen erhalten 60,50 Mk. in allen Lohnklassen. Alles, was der Zentrumsmann den Versicherten der höheren Lohnklassen mehr in Aussicht stellt, wird nicht ausbezahlt.

### Ein Mann — eine Stimme.

Diesem Gedanken wird eine vom englischen Ministerium demnachst vorzuliegende Reform entsprechen, die die Ungleichheit der Wahlkreise beseitigen will. In Deutschland bleibt beim alten. Am 12. Januar wird wieder jeder Wähler im preussischen Wahlkreis Deutschland ein zwanzigmal größeres Wahlrecht haben als die Wähler in Großberlin und den anderen Großstädten und Industriebezirken. Die Regierung Behrman-Hollwegs hielt eine Vorlage zur Beseitigung des Reichs-Wahlrechts für höchst überflüssig.

### Unter den Tisch gefallen.

Bei der Schließung des Reichstages sind eine Reihe von Vorlagen unerledigt geblieben, so die Strafprozessordnung, das Arbeitskammergesetz, die kleine Strafgesetznovelle, der Entwurf über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes, die neue Fernsprechanordnung und das Kurpfälzergesetz. Die von den Kommissionen vorbereiteten Petitionen hat der Reichstag in der Hauptsache erledigt, dagegen hat er von den weit über 100 Initiativanträgen nur eine sehr kleine Anzahl beraten.

### Es wird zu wenig Schnaps getrunken!

Der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht der Spirituszentrale teilt mit, daß der Trinkverbrauch an Schnapsen gegen das Vorjahr zwar um 16 Millionen Liter gewachsen ist, „was aber nicht eine tatsächliche Ausdehnung bewirkt, sondern im wesentlichen darauf beruht, daß im Vorjahre noch alte Vorräte aufgebraucht wurden.“ Wenn die Arbeitermassen der Schnapsboykottpflicht eingedenk bleiben, werden die Sunker nicht mehr allzuviel Liebesgaben einsacken.

### Patriotismus — bis zur Tasche.

In der Monatschrift „Verwaltung und Statistik“ hatte letzthin der Kommissar einer Provinzialsteuerbehörde angegeben, daß der preussischen Staatskasse infolge von Unterdeklarationen jährlich 50 bis 60 Millionen Mark verloren gehen. Um diesen Betrag etwa wird bei der preussischen Steuerreform das Steuersoll durch „Einarbeitung“ der Zuschläge erhöht werden. Die Masse der Steuerzahler muß für die Steuerbetrüger bluten. Wer diese aber sind, sagt der Aufsatz des Beamten in folgenden Worten: „Bei sehr vielen Steuerpflichtigen, insbesondere Gewerbetreibenden und Landwirten, läßt sich das Einkommen nur durch Schätzung ermitteln. Ein großer Teil dieser Steuerpflichtigen gibt, in der begründeten Annahme, daß ihm unrichtige wesentliche Schätzungen gar nicht oder doch sehr selten nachgewiesen werden können, Jahr für Jahr sein Einkommen schätzungsweise absichtlich zu niedrig an.“

Die kolossale Wertsteigerung der landwirtschaftlichen Produktion kommt in den Steuerfägen fast gar nicht zum Ausdruck. Der Lohn des Arbeiters und Privatangestellten muß der Steuerbehörde denunziert werden. Die Patrioten aber beschummeln den Staat um Duzende von Millionen. Sie plündern uns aus und wollen uns obendrein noch regieren!

### Kleine politische Nachrichten.

Die Landtagswahl in Ura (Württemberg) ergab im zweiten Wahlgang den Sieg des Fortschrittlers Henning mit 800 Stimmen Mehrheit über unseren Genossen Fette. Die Agrarier sind trotz der offiziellen Bündlerparole auf Wahlenthaltung für den Fortschrittler zur Wahl gegangen. — Der elsaß-lothringische Landtag wurde am Mittwoch eröffnet. Bei der Wahl des Bureaus wurde zum ersten Vorsitzenden der Zentrumsabg. Ricklin, zum zweiten Präsidenten der Reichstagsabg. Gen. Böhle und zum 2. Vizepräsidenten der Liberale Wolf gewählt. — Am 8. Dezember soll bei dem zuständigen Reichsressort eine Konferenz über die Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild stattfinden, an der die Vertreter der beteiligten Reichsämter und Ministerien teilnehmen werden. Die zahlreichen Konfis-

kationen und Prozesse der letzten Zeit haben erkennen lassen, daß zur Bekämpfung schweiniicher Literatur mehr gegeben sind. Der neue Reichstag wird sich bemühen, der Polizei noch mehr Macht zu geben. — Mexiko ist zur Abwechslung wieder einmal ein Revolutionärsausbruch, und zwar in dem Bezirk Suchtlan. Der Führer des Aufstandes, namens Gomez, ist nun auf einer Reise mit acht Begleitern aus dem Zug geholt und getötet worden.

### China.

Die revolutionäre Bewegung hat das Ergebnis gezeitigt, daß der Prinzregent abgedankt hat. Der Ministerpräsident und die Staatsminister sind jetzt für alle Regierungshandlungen allein verantwortlich. Während der Minderjährigkeit des Kaisers sind die Großsekretäre Schihü und Hsuehsichang seine Vormünder. — Einer Meldung aus Schanghai zufolge hat der deutsche Missionschef Henninghaus dem Konsulat in Tsinanfu telegraphisch gemeldet, daß in Weichien sämtliche Missionsstationen ausgeraubt worden sind. Die Lage der Missionare in Szechuan ist unsicher, den Missionaren wird empfohlen, sich aus den gefährdeten Stationen zeitweilig zurückzuziehen. Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Schanghai: Die Versammlung der Delegierten von vierzehn Provinzen hat sich für eine vorläufige Militärregierung mit Hanking als Hauptstadt entschieden. Huanghün ist zum Generallikstimus und Lihuanheng zum zweiten Vizepräsidenten bestimmt worden.

Der Buddha von Urga (Huluku) erklärte am 3. Dezember die Unabhängigkeit der Mongolei, worauf der chinesische Amban Santo in Urga abgesetzt wurde.

## Der Raubkrieg.

Die türkische Regierung hat beschlossen, alle nach dem Kriegserklärung in der Türkei eingetroffenen Italiener auszuweisen.

Die Agence Ottomane veröffentlicht ein Telegramm des Militärkommandanten von Yemen, das über die Beschließung von Mokka und Fort Schem-Said im Roten Meer Bericht erstattet. „Die Italiener“, meldet er, haben die Stadt Mokka bombardiert. Sie zerstörten zwei Süttin. Wir haben einen Toten und einen Verwundeten. Die Italiener verurichten zu landen, wurden aber zurückgeschlagen, und ihre Schiffe sind weggefahren. Bei der Beschließung von Schem-Said gab es nur zwei Verwundete.“

In Mazedonien sind Bombenattentate verübt, die man auf italienische Urheberchaft zurückführt. Über den Vorfall, der sich in dem Orte Istib ereignete, meldete der Wali von Resküb: Der Bombenwerfer ist festgenommen. Es ist ein gewisser Manemita, ein Bulgare aus Istib. In der durch den Bombenwurf hervorgerufenen Schlägerei wurden 12 Mohammedaner verwundet und 15 getötet, darunter ein Kind. Auf bulgarischer Seite gab es 14 Tote und 157 Verwundete, darunter 32 Schwerverwundete. Die Agence Ottomane meldet: Seit mehreren Wochen hatte die türkische Regierung erfahren, daß italienische Geheimagenten von ihrer Regierung nach Mazedonien geschickt worden waren, um dort eine Reihe von Dynamitattentaten vorzubereiten, wobei Italien sich die Mithilfe einiger Bulgaren sicherte. Die türkische Regierung beauftragte sofort ihre Vorgesetzten bei den Großmächten, diesen die verbrecherischen Anschläge der italienischen Agenten zur Kenntnis zu bringen, was die Vorgesetzten auch taten.

Italien leugnet alles ab. Ein Telegramm der offiziellen Agenzia Stefani erklärt, daß die Anklage, die Urheber der während des Beiramfestes in Mazedonien verübten Eisenbahnattentate seien nicht in Sofia, sondern in Rom zu suchen, falsch sei.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 7. Dezember.

### Klein auf dem Klagewege.

Der bürgerliche Mischmachskandidat Julius Klein, der in zahlreichen Versammlungen das lübeckische Landgebiet mit seinen Schimpfereien auf die Sozialdemokratie unflüchtig gemacht hat, ist sehr empfindlich, wenn sein Gegner ihm energisch auf die Fühneraugen tritt. Nach der im Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie — dessen bekannte „vornehme“ Kampferweise Klein stets als Vorbild gedient hat — bestehenden Übung sollen ihm nunmehr die bürgerlichen Gerichte beistehen, die Sozialdemokratie zu vernichten. Er hat nämlich die Klage gegen unseren Genossen Redakteur Löwig wegen angeblicher Beleidigung eingeleitet. Das wird sicherlich eine interessante Verhandlung abgeben. Und Herr Klein wird wahrscheinlich seinen bisherigen „Sieg“ einen weiteren hinzufügen. — Wünschenswert wäre es unbeding, daß diese aufsehenerregende Sache noch vor der Wahl zum Austrag kommt. Daran wird hoffentlich ebenfalls uns auch dem klagenden Herrn gelegen sein.

Väter, Mütter! Haltet den Weihnachtsstiefel frei von minderwertigen Kinderbüchern! Von vielen Seiten wird auch in diesem Jahre mit dem Gerannachen des Weihnachtsfestes allen Eltern und Kinderfreunden unentgeltlicher Rat und weitgehende Hilfe angeboten bei der Wahl von Bilderbüchern, Märchen- und Geschichtenbüchern, erzählender und belehrender Literatur für jüngere und auch für herangewachsene Kinder, damit der ausgesprochene wie der verkäufte Schund nicht das Herz der Liebe benutze und gerade zu der Zeit, in der die Herzen und die Geldbeutel sich einmütig weit öffnen, seine eke Blut in die Heimstätten ungezügelter Abnutzungslocher trage. Mögen die immer zahlreicheren und immer bequemeren Gelegenheiten, zu billigen und doch erquicklichen Reisen gute, dauernd wertvolle Bücher einzukaufen, auch von immer breiteren Volksteilen mit Geschick und Verständnis wahrgenommen werden! Noch und leider die Eltern in der Überzahl, die es dem Zufall überlassen und sich so gut wie gar nicht darum kümmern, was an Lesbarem in die Hände und damit auch in die Hirne ihrer Kinder kommt. Dadurch wird der Kultur der Massen immer wieder ein nicht abzuschätzender Schaden zugefügt. Jahr für Jahr müssen die kämpfenden Volks- und Jugendvereine, die jedesmal an den Weihnachts Erhebungen und Untersuchungen über die geschenkten Bücher anstellen, einen unglaublichen Wust sinn- und geschmackloser Schmarren befragen, die die Kinder aber mit strahlenden Augen unter dem Weihnachtsbaum empfangen haben von Eltern, Verwandten und Bekannten, die!



# Teuerungszulagen

werden nur selten gewährt. Deshalb ist jeder Haushalt genötigt zu sparen. Wer bei den jetzigen teuren Butterpreisen seine Zuflucht zur Margarine nimmt, versuche im eigenen Interesse unsere wirklich erstklassigen Margarine-Spezialitäten

„Unser Ruhm“

und „Rowitt“

sowie die allerfeinste Pflanzenbutter-Margarine

„Herba“

Sämtliche Marken verbürgen feinste Qualität, sind nach eigenem Verfahren aus nur besten Rohstoffen hergestellt und infolge ihres lieblichen Geschmacks und ihrer Bekömmlichkeit von bester Meiereibutter

kaum zu unterscheiden, im Gebrauch aber wesentlich billiger.

Überall erhältlich!

Aleinige Fabrikanten:

Rositzky & Witt, G. m. b. H., Altona-Ottensen.

# Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfeste:

## Braune Kuchen : Topfkuchen :

sowie

## braune u. weisse Pfeffernüsse in bekannter Qualität.

Unsere Niederlagen halten hiervon stets Lager, auch nehmen dieselben schon jetzt Bestellungen zum Feste entgegen.

Gleichzeitig empfehlen unser nur aus bestem Roggen- u. Weizenmehl hergestelltes

## Grob- und Feinbrot

sowie alle sonstigen Backwaren.

Der Vorstand.

Verkauf auch an Nicht-

Crème. Schnürbänder.

Sohlen im Ausschnitt.

Sämtliche Ober- u. Unterleder

beste Qualität, äußerst preiswert empfiehlt

Schuhmacher-Rohstoffverein

E. G. m. b. H.

Johannisstrasse 31.

Verkauf auch an Nicht-

Öffentliche politische Versammlungen.

## Große

# Volks-Versammlungen

finden statt:

**Schlutup** Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Post“.

Referent: Redakteur August Kasch, Lübeck.

**Travemünde** Sonnabend, den 9. Dezember, abends 7 Uhr im Saale des „Kolosseum“, Torstraße.

Referent: Reichstagskandidat Theodor Schwartz, Lübeck.

**Kronsförde** Sonntag, den 10. Dezember, nachm. 4 Uhr, im Saale des Herrn König.

Referent: Arbeitersekretär F. Mehrlein, Lübeck.

**Kurau** am Sonntag, dem 10. Dezember, abends 8 Uhr, im Hause des Herrn Pagels.

Referent: Reichstagskandidat Theodor Schwartz, Lübeck.

**Kücknitz** Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr im Saale des Herrn Dieckelmann.

Referent: Dr. Ignaz Schlomer, Lübeck.

Tages-Ordnung: **Die bevorstehende Reichstagswahl.**

Wähler, Arbeiter und Arbeiterfrauen! Sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlungen!

**Das sozialdemokratische Wahlkomitee.**

Paul Löwig, Johannisstraße 46.



## Mutter und Kinder

kennen die Vorzüge von

Palmín (Pflanzenfett) und Palmona (Pflanzen-Butter-Margarine) als Speisefett und als Brotaufstrich. Diese Produkte sind von absoluter Reinheit, leicht verdaulich (kein Koffein, kein Sodabrennen!), sehr preiswert und gänzlich frei von tierischen Fetten. - Man vermeide die zahlreichen Nachahmungen, betrachte ihr Vorhandensein vielmehr als einen Beweis für die vorbildliche



Qualität unserer Produkte.

H. Schlinck & Cie. A.-G.

NB. Palmín jetzt auch „weich“ (schm. zählich) zu haben.

Sämtliche zur  
**Rochenbäckerei**  
sowie zur **Schlachtereier**  
erforderlichen Artikel  
empfehle in allerbesten Ware.

**Carl Trost Nil.,**  
Bastener Allee 55 c.  
Herrnstr. 1900.

Hasenelle, Kanin, Iltis, Otter,  
Marder, Fuchs u. sowie  
Pferdehaare  
kauft zu höchsten Preisen  
B. Wagner, Köhlerstraße 8.

Die Arbeiter-Garderoben  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** 10  
Markt 4 sind vortheilhaft bekannt durch  
gute Verarbeitung u. sehr billige  
Preise. U. a.:  
Lederhosen . . . 2.20-6.45  
Maurerhosen . . . 2.60-6.75  
Schloßhosen . . . 1.88-5.25  
Abergiehhosen . . . 1.08-2.25  
Zwirn-Hosen . . . 1.68-3.25  
leimene Jacken, jährige u. gerade,  
1.28, Kragen, Hemden, Schlachter-  
jacken, Kräftejacken, Wärmemäntel  
erkautlich billig. Nähen von 30  
Stk. bis 1.88 Stk. **Notiz** **Einberaum.**

**Achtung! Lastadienarbeiter!**

## Versammlung

am Freitag, dem 8. Dezember 1911

abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstraße.

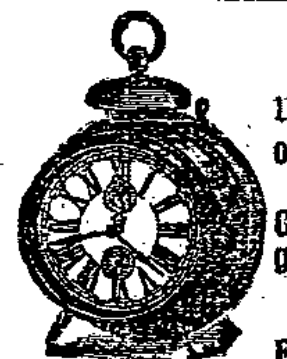
Tages-Ordnung:

**Bericht der Lohnkommission.**

Sämtliche Kollegen, soweit sie auf der Lastadie beschäftigt sind,  
müssen zu dieser Versammlung erscheinen.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen

Die Ortsverwaltung.



**Heinr. Schultz**  
Uhrn. u. Goldarb.  
ob. Johannisstr. 20.  
Uhren, Ketten,  
Gold- u. Silberwarf,  
goldene Trauringe  
Rathenower  
Brillen.  
Eigene Werkstatt.

**Hasenfelle,**  
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc  
**Pferdehaare,**  
Mähnen, Kuhschweifhaare  
kauft zu höchsten Preisen  
**J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.**

## Die Not der Tabakarbeiter.

Einstmals wurden die Tabakarbeiter im Verhältnis zu der übrigen Arbeiterschaft gut entlohnt. Die Zeit ist längst vorbei. Die Not unter den deutschen Tabakararbeitern ist heute schon fast sprichwörtlich geworden. Wie kommt es, daß eine Arbeiterkategorie, die, wie die Tabakarbeiter, von Anfang an so lebhaften Anteil an der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hatte, in eine so bedrückte Lage kommen konnte? Wer die Verhältnisse in der Tabakindustrie kennt, wird leicht die Antwort finden können.

Die Unternehmer der Tabakindustrie sind natürlich nicht besser als ihre Kollegen in anderen Berufen; sie nutzen jede Gelegenheit in ihrem Profitinteresse aus. Obgleich in der Zigarrenfabrikation die Maschine aus technischen Gründen so gut wie keinen Eingang gefunden hat, gibt es eine Reihe Möglichkeiten zur Verringerung der Produktionskosten. Und gerade in dem bedeutendsten Zweig der Tabakindustrie, der Zigarrenfabrikation, ist die Lage der Arbeiter die traurigste.

Es sei daran erinnert, daß die Tabakindustrie in Deutschland ursprünglich fast nur an den größeren Hafenplätzen oder in anderen Städten Norddeutschlands zu finden war. In diesen Orten wurden aber die höchsten Arbeiterlöhne überhaupt gezahlt. Was Wunder also, daß die Unternehmer sich nach billigen Arbeitskräften umschauten. So kamen sie nach Westfalen, Thüringen, Süddeutschland, Schlesien usw. Dieses Wandern der Unternehmer nach den billigsten Arbeitsplätzen wird solange anhalten, bis sie im rückständigsten Dorf angelangt sind. Heute schon ist ihnen Süddeutschland, Schlesien, das Elbsaß usw. zu teuer, und sie streben nach den Gefilden an der russischen Grenze. Die einfache Produktionsweise, der geringe Aufwand für Produktionsmittel begünstigt das Verlegen der Betriebe natürlich. In den armen Gegenden hält man den Einzug von Zigarrenfabriken sogar für einen Segen und die Ortsbehörden stellen den Fabrikanten oft noch Gebäude zur kostenlosen Verfügung. Das verhältnismäßig leichte Umlernen, das noch durch möglichste Arbeitsteilung begünstigt wird, erleichtert die Absichten der Unternehmer. Die Zahl der Tabakarbeiter nimmt denn auch in den größeren Orten bedeutend ab; und während die Arbeiter der meisten anderen Berufe ihren gewerkschaftlichen Stütz- und Schwerpunkt in den Städten suchen, hat die Organisation der Tabakarbeiter schon heute ihre meisten Mitglieder auf dem platten Lande. Jeder Gewerkschaftler wird zugeben, daß die Organisationsarbeit, d. h. die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, durch diesen Umstand wesentlich erschwert wird. Sind aber die Truppen geschult zum Kampf, so drohen sofort die Unternehmer, mit ihren Betrieben nach billigeren Gegenden auszuwandern, was oft genug auch geschieht. Dann kann die Organisation anderswo von neuem beginnen.

Wer Organisationsarbeit verrichtet, weiß, daß gerade die weiblichen Personen am schwersten zu gewinnen sind. Die Zahl der weiblichen Tabakarbeiter ist groß und vermehrt sich ständig. Von 209 140 Personen, die nach der letzten Berufszählung im Tabakgewerbe beschäftigt waren, waren 123 344 weiblich. Die meisten davon sind jüngere Personen. Auch dieses hindert die Tabakarbeiter am wirtschaftlichen Aufstieg. Wenn auch die Mitgliederzahl des Tabakarbeiterverbandes und des Verbandes der

Sortierer und Kistenbekleber, die sich bekanntlich verschmelzen werden, die zusammen am Schlusse 1910 37 130 war, fast zur Hälfte aus Arbeiterinnen besteht (17 287), so muß trotzdem manches Vorgehen unterlassen bleiben. Die Unternehmer aber wissen, daß die Frauen sich williger ausbeuten lassen und fördern die Frauenarbeit. Erst ganz allmählich lassen sich die Frauen für die Organisation gewinnen.

Und nun das schlimmste aller Ubel: Es ist die verfluchte Heimarbeit! Wir können an dieser Stelle natürlich nicht allgemein die Schäden der Heimarbeit besprechen; sie sind auch bekannt genug unter den Arbeitern. Aber sagen müssen wir, daß alles Unglück der Heimarbeit bei den Heimarbeitern der Tabakindustrie noch in verstärktem Maße erscheint. Ausnutzung der Frau, der Kinder bis ins zarteste Alter; unendlich lange Arbeitszeit, Alltags und Sonntags; durch den Tabakdunst verpestete Wohnräume; Arbeits-, Wohn-, Schlaf- und Kochraum oft alles in einem, meist unzulänglichen Gelaß. Genau. Es sind furchtbare Zustände in einigen Gegenden Deutschlands in der Heimarbeit der Tabakindustrie! Schwindlucht, Skrofulozis sind stark verbreitet. Nach der letzten Berufszählung im Jahre 1907 waren nach den Angaben der Unternehmer 34 033 Heimarbeiter beschäftigt. Dabei sind die helfenden Familienangehörigen nicht gezählt! Auch diese Heimarbeiter sind für ihren wirtschaftlichen Aufstieg schwer zu interessieren. Und wenn ihrer soziale sind in einem Berufe, dann beeinträchtigt es natürlich die gewerkschaftliche Arbeit ganz bedeutend. In der Tabakindustrie ist das der Fall.

Erwähnen wollen wir noch, daß in vielen Strafanstalten Zigarren hergestellt werden, was, wenn es auch im Verhältnis zu den oben erwähnten Momenten nicht ausschlaggebend ist, immerhin jedoch auf den Lohn der Tabakarbeiter einwirkt.

Auch andere, weniger bedeutende Ubelstände, die auf die Lage der Tabakarbeiter einwirken, kommen noch in Frage, doch wollen wir sie nicht weiter besprechen in der Voraussetzung, daß das Angeführte dem Leser genügen wird, sich ein Bild zu machen.

Nicht unerwähnt bleiben darf, wenn die Lage der Tabakarbeiter geschildert werden soll, wie der Staat seinen erheblichen Anteil zur Verschlechterung beigetragen hat durch die Tabaksteuer. Als 1879 eine wesentliche Erhöhung der Tabaksteuer kam, wurden 15 000 Tabakarbeiter mit einem Schlag brotlos. Die Fabrikanten suchten die Steuer durch Verringerung der Produktion, vor allem der Arbeitslöhne, von sich abzuwälzen. Da die Organisation durch das Sozialistengesetz vernichtet war, gelang es vollständig. Nach einigen Jahren Ruhe, in der noch nicht einmal der Schlag von 1879 überwunden werden konnte, begann die Beunruhigung des Gewerbes erneut. Monopol, Fabrikatsteuer, Rohstoff- und Verbrauchssteuer, einfache Erhöhung der Zoll- und Steuerfüße — eine Beunruhigung löste die andere ab. Natürlich wirkte das lähmend auf den gewerkschaftlichen Kampf der Tabakarbeiter. Trotzdem hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Organisierten im Tabakgewerbe verdoppelt und es wurde den Umständen nach mit Fähigkeit ein langsames Steigen des Lohnes erkämpft. Dann kam der harte Schlag der sogenannten Finanzreform, welche eine weitere Abgabe vom Tabak in Höhe von 40 Prozent nach dem Wert brachte. Etwa 12 000 Tabakarbeiter mußten sofort aus dem Beruf verschwinden. Bis zu 50 000 Tabakarbeiter waren zeitweilig zu gleicher Zeit ganz oder teilweise ohne Beschäftigung. In der Pro-

duktion der einzelnen Sorten kam eine völlige Umwälzung. Man stellte sich die Wirkung auf die Tabakarbeiter vor! Die Unternehmer suchten abzuwälzen auf die Arbeiter, was irgend möglich war. Und wir haben oben gesehen, wie ihnen das durch die unglücklichen Berufsverhältnisse erleichtert wird. Freilich, so stark war die Organisation bereits, daß sie für ihre Mitglieder direkte Lohnabzüge diesmal verhindern konnte. Aber das will in der Tabakindustrie noch nicht viel besagen! Die Steuer wurde nun in der Weise auf die Arbeiter abzuwälzen versucht, daß man schlechteren (weil billigeren) Tabak gab und doch dieselben Anforderungen in bezug auf den Verbrauch, auf Fasson und Eleganz der Arbeit wie vorher stellte, ja, noch mehr verlangte. Andererseits wurde durch Einführung neuer Fassons der Lohn gedrückt. Es wurde das Furchtbare zur Tatsache: Während der Durchschnittslohn der gesamten Arbeiterschaft sich im ständigen Steigen befindet, und auch die Tabakarbeiter ihren Durchschnittslohn auf 618 Mk. (nach der berufsgenossenschaftlichen Statistik) im Jahre 1909 gebracht hatten, sank er im Jahre 1910 wieder auf 616 Mk. zurück.

Ist es schon für eine Arbeitergruppe furchtbar, um rund 400 Mk. gegen den Durchschnittslohn der Gesamtarbeiterschaft zurückzubleiben, so ist es einfach jeglichen sozialen Gefühls-hohnsprechend, wenn in einer Zeit allgemeiner Steigerung der Lohn einer bestimmten Berufsgruppe eine sinkende Tendenz zeigt. Könnte das nicht die Tabakarbeiter zur Verzweiflung bringen? Und da brüstet sich noch die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem sozialen Krimskrums.

Wie jeder einzelne unter der Wirkung der Tabaksteuer gelitten, noch leidet, ist nicht zu beschreiben. Allein in den Kreisen Minden, Herford und Lübbecke hat durchschnittlich jeder Tabakarbeiter, männlich und weiblich, im Jahre nach Inkrafttreten der Tabaksteuer 53 Tage feiern müssen. 1 164 155 Arbeitstage haben die Tabakarbeiter des östlichen Westfalens, des jetzigen Aussperungsgebietes eingebüßt. Was will da die geringe Entschädigung, die vom Staat gezahlt wurde, bedeuten! Auch hier haben die beiden Verbände der Tabakarbeiter und Sortierer ganz erhebliche Summen aufwenden müssen, die Arbeitslosen während und nach Beendigung der Reichsunterstützung über Wasser zu halten. Wenn trotzdem die Organisation der Tabakarbeiter nicht zusammengebrochen ist, sondern ihre Kampfstellung keinen Augenblick aufgegeben hat, so zeigt das erstens, wie dringend notwendig ein Vorgehen gegen die Fabrikanten ist, wie auch in unbeeinträchtigter Organisations-tätigkeit alle Fährnisse überwunden werden müssen; zweitens aber, daß die Organisation der Tabakarbeiter gewiß kräftig ist.

Nach dem Angeführten darf wohl behauptet werden, daß in keinem Berufe sich soviel dem Vorwärtstreben entgegenstehende Hindernisse zeigen, wie gerade im Tabakgewerbe. Danach möge man auch eventuell den Stand der Organisation wie den gegenwärtigen großen, von den Unternehmern aufgezwungenen Kampf beurteilen. Man will die schrankenlose Ausbeutung der Tabakarbeiter erzwingen, und deshalb die Organisation zu Boden drücken.

Es kann nicht angehen, daß große Arbeiterschichten auf dem Wege zu besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen verumoderner und unglücklicher Berufsverhältnisse zurückbleiben. Die gesamte Arbeiterklasse hat ein Inter-

## Seebären.

Erzählung von Gustaf Janson.

Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(12. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Jeder andere Mensch als der Kapitän würde sich vermutlich nach einer derartigen kalten Dusche beruhigt haben, hätte bezahlt und wäre schleunigst seines Weges gegangen, aber auf Kapitän Strand übte dieser Nachtrag dieselbe Wirkung, wie ein roter Lappen auf dem gereizten Stier.

„Ne nette Art sein Geld zu verdienen,“ schrieb er wütend und warf einen Hundertkronenschein auf den Tisch. „Da machen Sie sich bezahlt. Sie verdammter Halsabschneider!“

Der Richter schob den Schein zurück, ohne auch nur mit den Wimpern zu zucken, verurteilte den Kapitän wegen Verleumdung vor Gericht zu weiteren vierzig Kronen und verlangte gewechselt Geld. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß jedes weitere Fuchen eine Geldstrafe von wenigstens zwanzig Kronen zur Folge haben würde.

„O Deumel!“ sagte der Kapitän, dem die unerschütterliche Ruhe des Richters mehr als dessen Worte imponierte. Hernach fügte er hinzu: „Denn werden es mit den letzten fünfundsünfzig. Finden Sie nicht, daß das reichlich viel pro Stück ist? Hol mich der Henker. . . Ach so! Na, geht's für den Hundertklappen hier?“

„Aber kannst Du so was denken,“ murkte der Kapitän, als er mir tags darauf sein Mißgeschick erzählte, „ich mußte wirklich noch fünfzehn blaue Kronen dazu herappen. Und so was nennen sie Gerechtigkeit. Na, hör mal! So'n Schwindelstück darf 'nen ehrlichen Kerl so viel als er will betriegen, aber 'n ehrlicher Kerl und wohlgezogener Gentleman, der darf nicht 'n kleinsten Teil von seiner Verachtung ausprägen, denn wird er in Strafe genommen. Hol der Deumel den ganzen Krempel! Ich bleib' hier auch nicht länger in Gurer verfluchten Stadt, ich zieh' wieder weg, denn so 'ne Behandlung paßt mir denn doch nicht. Nein, es ist nicht wegen der lumpigen Hundert und fünfzehn Kronen, aber zum Henker noch mal. . .“ Der Kapitän drehte sich auf dem Absatz um und steuerte auf seine Wohnung los. An der Tür machte er halt und plätkte ärgerlich los: „Das kommt davon, wenn einer seinem Nächsten Gutes tun will. Aber nun bin ich kuriert von der Mitleidigkeit. Hör, wart' noch 'nen Augenblick, ich will Dir 'nen guten Rat geben. Werd' niemals heftig, mein Jung. Nicht eins, wenn sie Dich mit 'ner Schafstrolach' in die Ha' stecken, mußst Du die Gebuld verlieren, nicht eher als bis sie Dir auch den Griff reinboh-

ren. Und denn mußt auch noch ruhig bleiben. Nimm Dir nen Beispiel an mir, das kann Dir von Nutzen sein.“

„Ja, das wäre am Ende nicht dumm.“

Fronie war eine Sache, für die Kapitän Strand jedes Verständnis fehlte. Er kam an mich heran, faßte meine Hand und drückte sie kräftig, wobei er mir treuherzig in die Augen sah.

„Hier siehst Du selbst,“ sagte er, „ich bin 'n alter Mann und hab' meine Erfahrungen gemacht, und bleib' immer ruhig. Na, was gibst's da zu lachen? Ach so. Du meinst diese dumme Geschichte. Na, Du glaubst doch wohl nicht, daß ich heftig werd'? Ich war bloß auf dem Weg dazu. Siehst Du, immer ruhig Blut, das ist mein Prinzip. Was, zum Deumel, lachst Du mir gerade ins Gesicht, wenn ich das im vollen Ernst mein'? Du bist auch nicht besser als all die andern. Ich werd' niemals heftig, laß Dir das gesagt sein. Ich muß mich bloß ärgern, wenn. . . nein, das muß ich auch nicht. Meinemwegen kannst hingehen, wo der Pfeffer wächst. Ich frag' den Deumel nach Dir.“

Die Tür fiel so heftig ins Schloß, daß es im ganzen Hause Widerhall gab. Dieser Knall illustrierte die Art und Weise des Kapitän's, gute Ratschläge zu erteilen und zu befolgen.

Eine ganze Woche ging der Kapitän in ständiger Wut über das ihm angetane Unrecht. Aber der Zufall, der sich bisweilen herbeiläßt, uns Menschenkindern einen kleinen Dienst zu leisten, wenn er es nicht vorzieht, uns einen Streich zu spielen, unterbrach die Vorkehrungen zu der so plötzlich beschlossenen Abreise des Kapitän's und gab ihm eine glänzende Saisifikation. Eines Tages begegnete er mir im Flur, faßte mich um beide Arme und zwangte mich in eine Ecke, wodurch mir jede Möglichkeit zur Flucht genommen wurde.

„Du. . . ha, ha, ha. . .“ er schüttelte sich vor Lachen. „Der Dummel, dem ich zuerst Geld ließ und nachher auf Abzahlung verhaun hab'. . . hō hō hō. . . weißt noch, er amüsierte sich mit so 'ner zweirädrigen Tretnähle. Die hat er gestohlen. Du siehst er, gestern haben sie ihn eingelockt.“

Der Kapitän ließ meine Arme los und nietete seine zehn Finger um meinen Rockragen, an dem er so unbarmherzig zerte und riß, als ob er damit zeigen wollte, wie gerecht und schonungslos man den Dieb behandelt hatte. „Fein, was? Daß ich ihm zweimal 'ne ordentliche Tracht Prügel gegeben hab'. Siehst Du, ich kann's jedem Menschen von außen ansehen, wieviel er wert ist. Wir können sie so leicht nichts vormachen.“

Ich wollte ihm gerade mit den zwanzig Kronen kommen, die er dem armen Mauerer aufgenötigt, der ihm so leid getan, aber der Kapitän ließ mich ganz unerwartet frei. In der nächsten Sekunde befand er sich auf der Straße und harpunierte einen Vorüberkommenden, den er zu kennen glaubte. Er schleppte den Mann in den Flur, klemmte ihn gegen die Wand und riß seine Gesichtseigenen in schwindelnder Fahrt wieder von vorne an. Kapitän Strand hielt es offenbar für einen persönlichen Erfolg, daß der Mauerer in Ermangelung einer anderen Beschäftigung einige Fahrräder gestohlen hatte.

Der Unbekannte — ich habe den Mann weder früher noch später je gesehen; aus Furcht vor dem gefährlichen Alten, der offenbar nicht ganz bei Sinnen war, als er ihn so brutal überfiel und in den halbdunklen Flur zog, hätte er sich vermutlich, die Straße wieder zu passieren — zitterte so heftig, daß ihn nur der eiserne Griff des Kapitän's in seinen Rockragen aufrecht hielt. Seine Augen irrten hilflos umher, und sein Mund öffnete sich zu einem gelben Notschrei, aber der Kapitän, den ein Triumph beaufschlagte, ergoß nur einen um so brausenderen Wortschwall auf ihn herab und schleuderte ihn achlos beiseite, als die Geschichte sich ihrem Ende näherte. Er hatte Schritte in der Treppe gehört und witterte ein neues Opfer für sein handgreifliches Erzählertalent.

Der andere verschwand bange und wirr im Kopf, ohne das geringste von der ganzen Sache zu begreifen. Doch etwas schien ihm klar geworden zu sein, davon zeugte sein scheuer Blick, als er sich auf die Straße schlich. Er wußte, daß es zu den Gemohnheiten dieses fürchterlichen Alten gehörte, Fahrraddiebstahl eine kleine Summe Geldes zu leihen. Er spürte sich auch aufs äußerste von dieser unheimlichen Räuberhöhle wegzukommen, in die man ihn so unerwartet hineingeschleppt. Aber da hatte der Kapitän bereits vollständig vergessen, daß der Mann überhaupt existierte.

Den ganzen Tag lag Kapitän Strand im Flur auf der Lauer, überfiel rücksichtslos jeden Bekannten oder Unbekannten und ließ dieselbe Geschichte mit den bei der Harpuniierung nötigen Kommentaren und Ergänzungen auf ihn herabstürzen. Es hieß sogar, ein unglücklicher Mieter habe die Geschichte viermal an demselben Tage anhören müssen. Aber dem Erzähler war seine Freude so zu Kopf gestiegen, daß er sich um solche Kleinigkeiten nicht kümmerte.

„Es gibt denn doch noch etwas Ordnung und Gerechtigkeit in dieser Stadt,“ meinte er schmunzelnd. Und mit einer arroganten Geste, die ausdrückte, daß er alles vorzöge, legte er edelmütig hinzu: „Ich begeh' mir das Wegziehen, ich bleib' wohnen.“

esse an dem möglichst gleichmäßigen Aufstieg der Arbeiter in allen Berufen.

Die Schmutzkonkurrenz ist nirgends so groß wie im Tabakgewerbe. Der Lohn spielt bei der Kalkulation der Zigarrenfabrikanten heute die geringste Rolle. Sie zu zwingen, einen anständigen Lohn zu zahlen, ist dringende Aufgabe der Tabakarbeiter. Der gegenwärtige Kampf in Weiskalen, Hamburg und Bremen hat deshalb, wie die Leser nun erkennen werden, eine Bedeutung über die Kreise der Tabakarbeiter hinaus. Die Entscheidung dreht sich um die Frage: Weiterer Rückschritt hunderttausender Tabakarbeiter oder nicht? Weitere Verelendung oder Aufstieg zu einer Existenz, die wenigstens der eines deutschen Durchschnittsarbeiters gleichkommt!

Die Situation erkennend, hat auch der Dresdner Gewerkschaftskongress seine Resolution für die Tabakarbeiter angenommen.

Hoffen wir, daß auch die deutschen Tabakarbeiter bald nicht mehr als Aschenbrödel in so trostlosen Verhältnissen zu leben brauchen!

## Aus der Partei.

**Strafkonto der Presse.** Vom Landgericht Dresden als Berufungskinstanz wurde Genosse Edmund Fischer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Schöffengericht war zu einem Urteil von drei Monaten gekommen. Genosse Fischer soll den Gemeinderat einer benachbarten Gemeinde dadurch beleidigt haben, daß er die Interessen einer armen Witwe energisch im Gemeinderat verfocht und darüber einen Artikel in der „Dresdner Volkszeitung“ brachte. Er hatte sich selbst als Verfasser des Artikels im Gemeinderat bekannt. Darauf hat die Amtshauptmannschaft als vorgesetzte Behörde gegen den Willen des Gemeinderates und des Gemeindevorstandes Strafantrag wegen Beleidigung gestellt; In der Berufungskinstanz sagte der Gemeindevorstand aus, daß Genosse Fischer ein temperamentvolles, aber maßvolles Mitglied des Gemeinderats sei, das alle Achtung in der Gemeinde genieße. Ebenso äußerte sich ein anderes bürgerliches Gemeinderatsmitglied. Beide hätten kein Interesse an einer Bestrafung Fischers, wenn die Vorwürfe auch hart genannt werden könnten. In der Berufungsverhandlung macht Rechtsanwalt Giese besonders darauf aufmerksam, daß die Amtshauptmannschaft gar kein Recht zur Stellung des Strafantrages habe, da der Gemeindevorstand und der Gemeinderat keine Beamten im Sinne des Gesetzes seien. — Gegen das Urteil wird Revision eingelegt. — Vom Dresdner Schöffengericht wurde Genosse Frowald, Redakteur der „Dresdner Volkszeitung“, der wegen Nichtveröffentlichung einer sogenannten Verächtlichmachung des Herrn Hippe, eines früheren Beamten der Dresdener Ortskrankenkasse, angeklagt war, freigesprochen. — Der verantwortliche Redakteur der „Weimarer Volkszeitung“, Genosse Pfeuffer-Fena, wurde vom dortigen Schöffengericht zu 200 Mark Strafe verurteilt. Durch einen Artikel „Die geliebteste Leberwurst“ fühlte sich eine Frau Pastor beleidigt. Trotzdem durch Zeugen nachgewiesen wurde, daß die Frau Pastor in mehreren Fällen Wurst ohne Bezahlung zu leisten sich angeeignet hatte, sagte der Amtsanwalt, die Frau Pastor könne das Bezahlen vergessen haben.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Der Kampf in der Berliner Metallindustrie** geht seinem Ende entgegen. In der gestrigen Versammlung ergab sich, nachdem über die neuesten Verhandlungen mit den Unternehmern, die weitere Zugeständnisse brachten, berichtet war, nicht die für Fortführung des Streiks erforderliche Dreiviertelmehrheit. Das Abstimmungsresultat wurde mit lebhaften Wui-Rufen begleitet. Der Versammlungsleiter konnte sich nicht mehr Gehör verschaffen; er wurde durch fortwährende Zwischenrufe unterbrochen. Die Versammlung ging nur sehr langsam und unter lebhaften Mißfallklänge auseinander. Da aber die Fortführung des Formstreiks nicht beschlossener ist, so dürfte damit auch die allgem. Auslösung beendet sein.

**Selbe Terroristen.** Das Geschrei der Gegner über „sozialdemokratischen Terrorismus“ wird immer ärger. Wenn aber die „ungeheuerlichen Vorkommnisse“ vor gerichtlichen Erörterung kommen, fallen sie gewöhnlich. Vor dem Magdeburger Schöffengericht hatten sich zwei Selbe wegen tätlicher Beleidigung zu verantworten. Die beiden, die Arbeiter Tributz und Kraas, arbeiteten mit dem sozialdemokratischen

Arbeiter Probst zusammen auf der Wolffschen Maschinenfabrik. Es kam wiederholt zu allerlei Pechereien zwischen den dreien, doch verlief alles immer sehr harmlos. In der Nacht zum 19. Februar d. J. verließen die beiden Gelben etwa 10 Minuten früher als Probst die Arbeit. Als dieser dann auf dem Heimwege bei einem Bahnübergang vorüberkam, wurde er plötzlich von Tributz und Kraas überfallen. Sie mißhandelten ihn und warfen ihn über einen Stachelbrühl. In dem Tages erzählt Kraas voller Genugtuung in der Fabrik, dem Probst hätten sie es aber tüchtig besorgt, der würde wohl genug haben. — Das Gericht — es handelte sich nur um eine Privatklage — stellte sich auf den Standpunkt, daß eine gemeinschaftliche Körperverletzung vorliege, denn offenbar hätten die Angeklagten dem Probst aufgelauert. Es sei daher nicht zuständig, sondern die Sache gehöre vor den öffentlichen Ankläger. — Ob dieser Fall auch durch die ganze deutsche Presse gejagt werden wird?

**Die „Hirsche“ und die Landarbeiter.** Die Zerstückelungsarbeit der Hirsch-Dunderlachen Gewerkschaft hat nun auch nicht Halt gemacht vor dem Verband der Land-, Wald- und Weinbergsgewerkschaft. Unter der Firma: Sektion der Land-, Forst- und Gartenarbeiter versucht der Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter nun sein Heil mit der Organisation der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. In Stralund soll angeblich ein Landarbeiterssekretariat eingerichtet, in Tribsee (Wommern) die erste Zahlstelle der Gewerkschaftsaktion gebildet sein. In den Umkundigungen im „Gewerkschaft“, der Freisinnigen Zeitung, u. a. wird bei einem Wochenbeitrag von 15 Pfennig nach einjähriger Mitgliedschaft ein Krankengeld von 70 Pfennig pro Arbeitstag auf die Dauer von vier Wochen versprochen, daneben ein Sterbegeld von 20 Mk. nach einjähriger, 30 Mk. nach fünfjähriger und 40 Mk. nach zehnjähriger Mitgliedschaft, Rechtsschutz und ein Verbandsorgan. Dabei wird gesagt, diese Unterstufungen seien wesentlich höher, als diejenigen des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergsgewerkschaft, obgleich dieser höhere Beiträge verlange. Dies ist ein glatter Schwindel. Der Landarbeiterverband hat drei Beitragsklassen zu 30, 60 und 80 Pf. pro Monat, das ist pro Jahr ein Beitrag von 3,60 Mk., 7,20 Mk. oder 9,60 Mk. Dafür gewährt er nach einjähriger Mitgliedschaft für jeden Krankheitsstag eine Unterstufung in Höhe des jeweiligen Monatsbeitrages auf die Dauer von vier Wochen, also eine Gesamtunterstufung von 8,40 Mk., 16,80 Mk. oder 22,80 Mk. Die Hirsche verlangen einen Jahresbeitrag von 7,20 Mk. und gewähren dafür eine Krankenunterstufung von 16,80 Mk., also genau so viel, als der Landarbeiterverband für einen Beitrag von 7,20 Mk. An Sterbegeld wird in letzterem nach zweijähriger Beitragsleistung gewährt 20 Mk., 30 Mk. und 40 Mk. Eine Maßregelungsunterstufung in Höhe von 30 Mk. ist bei den Hirschen, wie im Landarbeiterverband vorgesehen. Die Hirsche beginnen ihre Arbeit demnach mit Schwindel. Und als Schwindel muß auch das Vorgehen bezeichnet werden, den Landarbeitern solle das Koalitionsrecht verschafft und die Befestigung der Gesindeordnungen erstrebt werden. Die Landarbeiter verdanken es gerade der freisinnigen Partei, der die Gewerkschaften nahe stehen, mit, daß die Koalitionsbeschränkungen und die veralteten Gesindeordnungen noch bestehen, denn sie haben z. B. bei den Beratungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Kommission nicht für die Befestigung der Gesindeordnungen gestimmt. Wenn es die Leute, die hinter der neuesten Hirsch-Dunderlachen Gründung stehen, ehrlich mit den Landarbeitern meinten, hätten sie längst Gelegenheit gehabt, ihnen die rechtliche Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern und damit auch das Koalitionsrecht zu schaffen. Es hätte des Umwegs über eine freisinnige Landarbeiterorganisation nicht bedurft. Das Vorgehen der Hirsche ist demnach eine neue gewerkschaftliche Zerstückelungsarbeit.

## Und die Gesellschaft heult über Terrorismus.

Wie der Zentrumsplan in schwarzen Domänen arbeitet, darüber berichtet unser Kölner Parteiblatt unterm 28. November aus Denn im April:

Schon seit mehreren Tagen sprach man in den Dörfern der Umgegend davon, daß am Sonntag etwa 300 Sozialdemokraten anrücken würden und rüstete sich auf diesen feindlichen Einfall. Mindestens 1000 Zentrumskräfte, Männer, Frauen und Kinder, waren selbst aus den entlegenen Eifelorten unter Führung des Pfarrers Breuer aus Kesseling und seines Amtsbruders Rech aus Kammerbach, der in Schweiß gebadet herankam, zum-

der offenbar schon einen bestimmten Standpunkt eingenommen hatte.

„Ich möchte mir nur erlauben, ein an und für sich unbedeutendes Ereignis zu referieren, damit Sie selber urteilen können“, fing der Pastor wieder an. „Es war bei einem gewissen Individuum, das eine sehr dunkle Vergangenheit hat, wo ich in Begleitung zweier Damen des Schutzvereins Ihrem Freunde begegnete. Sie fühlen sich wohl nicht gekränkt, wenn ich ihn Ihren Freund nenne?“

Ich unterdrückte mit Mühe ein Gähnen mit der Versicherung des Gegenteils, und der Herr Pastor fuhr darauf fort:

„Wir fanden Ihren Freund, wie er gerade im Zug war, eine wirklich mit Flüchen gespickte Geschichte zu erzählen, die außerdem noch höchst unwahrscheinlich war, und er erzählte sie einem Nebenmenschen, der gerade im Begriff stand, den rechten Weg zu betreten, nachdem sich ihm endlich die Gnadenpforte aufgetan, dank den eifrigen Bemühungen einer Person, dessen Namen wir nennen mir meine Verschwiegenheit nicht gestattet. Kurz und gut, einem Menschen, auf den die geringste Kleinigkeit störend einwirken konnte. Ich unterbrach natürlich den alten Mann und sagte ihm, daß seine Erzählung weit netter sein würde, wenn er sein haarsträubendes Klugchen lassen wolle. Aber denken Sie sich, der entsetzliche Mensch lachte mir laut ins Gesicht und erklärte ganz frank, er hätte überhaupt nicht gesucht, das täte er nie, dies sei eben nur seine Art zu reden.“

„So, Sie unterbrechen ihn? Das scheint ja überhaupt Ihre starke Seite zu sein, Herr Pastor,“ meinte ich ein wenig schlaftrig.

„Und daraufhin lachte er nur.“  
„Das war ja fürchterlich.“  
„Genau das, was ich ihm auch gesagt habe.“  
„Aber läßt sich nicht annehmen, daß er aus Verlegenheit lachte? Es gibt gewisse Naturen, denen es sozusagen peinlich ist, wenn jemand sie auf einer guten Tat ertappt, und...“

„Verzeihen Sie die nochmalige Unterbrechung, aber jetzt sind Sie vollständig im Irrtum. Wenn Sie mich nur eine Minute fortsetzen lassen, werden Sie es sofort einsehen. Denn als ich mich hernach mit einer doch gewiß berechtigten Ermahnung an ihn wandte, blieb er mir keineswegs die Antwort schuldig. Sehen Sie, Herr Pastor, sagte er, verschiedene Verurteilungen sind verschiedene Ausdrucksweisen. Und was das betrifft, daß ich manchmal fluche wie ein leidenschaftlicher — erlassen Sie mir das Wort — so ist das weiter nicht so

mangelkommen. Eine Musikkapelle vervollständigt das Bild. Man wollte mit den gleichen Waffen, die ja neulich unsere Versammlung unmöglich gemacht hatten, gehen. Die Versammlungsprenger hatten sich je ein Gewehr und neben und gegenüber unserem Versammlungsplatz sichert und folgenden Kriegsplan entworfen:

Sobald unser Redner das Wort nahm, sollte die Musikkapelle, unterstützt von dem Geheul der Eingeborenen, den Vortrag unermüdet machen. Unsere Genossen durchkreuzten aber diese sehr christliche Absicht, indem sie ihre Versammlung überhaupt nicht eröffnen. Die Zentrumskräfte trieben sich inzwischen die Zeit mit dem Gesang: „Deutschland, Deutschland, über alles!“ Dann spielte Pfarrer Breuer untermittelt seiner Getreuen den mutigen Mann zu erklärte, daß sie jetzt anfangen würden, weil die Gegenpartei keine Courage hätten. Genosse Röggebot erbat sich nun den Wort zur Geschäftsordnung und sprach seine Freude über aus, daß es der Sozialdemokratie selbst inmitten der Eifel schon möglich sei, eine solche Massenversammlung zu die Weine zu bringen. Er bedankte sich für die Ehre, man ihm durch einen glänzenden Empfang einer Musikkapelle erwiesen habe. Unter so

gelegten Störungsversuchen des Pfarrers Redner rief er den geistlichen Terroristen zu, daß sie nur durch die Angst vor der Sozialdemokratie zu ihrem politisch unangenehmen Treiben veranlaßt würden. Er forderte die Versammelten auf, am 12. Januar sozialdemokratischen Stimmzetteln in die Urne zu geben. Diesen Worten folgten großer Lärm und ein starkes Gedränge nach dem Redner hin. Man versuchte vergeblich, unsern Genossen zu Fall zu bringen, der schließlich den Bürgermeister um Schutz ersuchte und unter hoher obrigkeitlicher Bewachung in ein paar Freunden zum Bahnhof geleitet wurde. Pfarrer Rech versuchte seine Getreuen zu einer Zentrumsversammlung zurückzuführen, und hat dann auf im sichern Gefühl, keinen Widerspruch zu erhalten auf dem Versammlungsplatz das dümmste Zeugnis über die Sozialdemokratie erzählt. Die Mehrzahl der herbeigekommenen Massen hatte aber an die Phantasien ihres Herrn Pfarrers kein Interesse und folgten den Sozialdemokraten. Selbstverständlich werden die allerwenigsten davon alle Anhänger von uns gewesen sein, Tatsache aber ist, daß mehrere unterwegs an den Genossen Röggebot herantraten mit der Erklärung, sie schämten sich dieser Dummegeheuerstreiche der Zentrumsführer, die die ganze Gegend lächerlich machten. Man müsse doch auch den Genossen anständig zuhören.

Mit solchen Mitteln, die bei den Kongonern nicht wesentlich schlimmer sein können, führt das Zentrum den Wahlkampf. Und das sind die bombastischen Wahlkämpfe dieser Partei, auf die sie glaubt noch stolz sein zu dürfen.

## Die Schnapssteuer von 1909.

h. Die Schwarzblauen haben das Branntweinsteuergesetz von 1909 gemacht. Es ist jetzt, da es zur Abrechnung geht, wieder besonders notwendig, daran zu erinnern.

Das geltende Branntweinsteuergesetz unterscheidet sich von den früheren dadurch, daß es nicht nur die Kontingentierung für Trinkbranntwein — die eigentliche Liebesgabe — aufrecht erhält, sondern eine Kontingentierung auch für den anderen Branntwein, d. h. die Gesamtproduktion, den „Durchschnittsbrand“ und einen Zwang zur Denaturierung eingeführt hat, der früher nicht bestand.

Die Bevorzugung der landwirtschaftlichen Brennereien, wie sie bisher in der Maischbottichsteuer und der Brennststeuer lag, vereinfacht das jetzt zu Recht bestehende Gesetz in einer klaffenden Betriebsaufgabe, aus der die Prämien für denaturierten und Eypottbranntwein gezahlt werden.

Das ganze Gesetz ist durchaus nach den Wünschen und im Interesse der Spirituszentrale geschaffen worden. Unter der Spirituszentrale werden zwei Verbände verstanden, nämlich der „Verwertungsverband deutscher Spiritusfabrikanten“, die Organisation der Brenner, und die „Zentrale für Spiritusverwertung“, die Organisation der Spiritusfabriken. Die Ausschüsse der beiden Verbände bilden den beiderseitigen Geschäftsführer, resp. Direktoren — Kreth heißt der eine — das leitende und vollziehende Organ der „Spirituszentrale“. Der berühmte Vertreter der Abnehmer (Destillateure) hat nur beratende Stimme und dient im wesentlichen zur Dekoration. Dies läßt sich jetzt, da die Spirituszentrale mit allen Kräften daran ar-

Im darauffolgenden Frühjahr machte ich zufällig die Bekanntschaft eines Geistlichen, von dessen brennendem Glauben und Befehrungseifer, die mancherlei Enttäuschungen noch immer nicht abgekühlt, ich oftmals reden gehört. Übrigens war es an einer wohlbesetzten Mittagstafel, an der wir Nachbarn wurden, und die Fertigkeit, mit welcher der Pastor Gabel und Messer hantierte, zeigte, daß er die leiblichen Güter keineswegs über den geistigen vergaß. Da die Unterhaltung bei Tisch allgemein und sehr lebhaft war, soll sie hier nicht wiedergegeben werden, und da dies nur eine Episode: iter den andern ist, die sich um Kapitän Strand gruppieren, können wir ruhig den Mittag überschlagen. Er ist ja auch schon längst abgelesen.

Abends beim Nachhausegehen erwies es sich, daß der Herr Pastor und ich denselben Weg hatten. Ich schreibe abends und nicht morgens, da ein allseitig beliebter und geschätzter Geistlicher gleichzeitig mit mir aufbrach. Wir sprachen unermüdet von allem Möglichen zwischen Himmel und Erde, wie man es nach einem härteren Mittag zu tun pflegt, und schließlich kam auch die Rede auf Kapitän Strand.

„Er ist ein sonderbarer Mensch“, sagte der Geistliche mit großem Ernst. „Ich habe mich zweimal mit ihm unterhalten, aber ich tue es nicht wieder. Ich hatte ihn anfänglich aufgeschaut, da er im stillen einigen Armen viel Gutes getan, für die sich ein Schutzverein, dem ich angehöre, interessiert.“

„Wirklich! Es wundert mich, daß er nie ein Wort davon in meiner Gegenwart geäußert hat. Er kann sonst nie etwas verschweigen.“

„Wieder eine gute Eigenschaft, an diesem sozusagen aus den unbegreiflichsten Gegensätzen zusammengefügt Mann. Insbesondere muß ich zu meinem Schmerz sagen, daß seine schlechten Eigenschaften die guten bei weitem überwiegen, und in Zukunft gehe ich ihm aus dem Wege.“

„Herr Pastor, erlauben Sie...“

„Verzeihen Sie, daß ich Sie unterbreche, aber ich bleibe bei meiner Äußerung. Ich habe allerdings nur zweimal mit ihm gesprochen, aber wir Geistlichen erlangen durch unsern so verantwortungsvollen Beruf ein hohes Maß von Menschenkenntnis und ich pflege mich selten zu irren.“

„Ich treffe Kapitän Strand fast täglich...“

„Ach, Sie verzeihen Sie die Unterbrechung, aber ich habe Grund, meine Gründe für meine Behauptung...“

„Ich möchte, daß es ein geschickter Redner war, der mit dem Wort hat, in dem Augenblicke, da er reichlich hat...“

(Fortsetzung folgt.)



